

## **Beschluss des Landrates vom 17.05.2018**

Nr. 2057

### **24. Integration statt Ausgrenzung: Inanspruchnahme und Verwendung der Integrationspauschale**

2017/561; Protokoll: vc

**Mirjam Würth** (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

**Mirjam Würth** (SP) kann die ausführliche Antwort auf ihre Interpellation in Teilen sehr gut nachvollziehen, möchte aber auf gewisse Punkte hinweisen. Die Antwort geht davon aus, dass pro Person CHF 6'000 zur Verfügung stehen, ab dem 1.1.2019 das Dreifache, also CHF 18'000 pro Person. Die Idee der Integrationspauschale ist die berufliche Förderung und Integration von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen. Diese Aufgabe obliegt der Sozialhilfe der Gemeinden, welche sich geeignete Integrationsmassnahmen ausdenken müssen. Neben der Integrationspauschale gibt es noch den Globalbeitrag, der pro Monat und Person ausgerichtet wird, je nach Status 1'400.- CHF bis 1'500.- CHF. Mit einer Summe von insgesamt bis ca. 120'000.- CHF über sieben Jahre sollen diese Menschen beruflich integriert werden. Dies ist ein sehr wichtiges Ziel – nicht zuletzt weil diese Leute auch Potenzial mitbringen. Trotzdem gelingt Vielen die Integration nur schwer und man muss sich fragen, weshalb das so ist. Es gibt eine Bring- und eine Holschuld und die Integrationspauschale wird nicht immer effizient eingesetzt.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass bei uns ein Arbeitsverbot für Asylsuchende gilt. Der Bund sieht ein dreimonatiges Arbeitsverbot vor, das auf sechs Monate verlängert werden kann. Im Kanton Basel-Landschaft gilt die Praxis, dass Menschen, die sich im Verfahren befinden, überhaupt nicht arbeiten dürfen. Das heisst, ihre ganze Motivation wird heruntergekühlt, so dass es später schwierig ist, wieder auf Touren zu kommen. Ein weiteres Problem ist, dass ethnischen Unterscheiden nicht genügend Rechnung getragen wird: Der schulische Rucksack ist anders, je nachdem ob jemand aus Eritrea kommt, oder aus Pakistan – die einen haben den Fokus auf Mathematik, die andern auf etwas anderem. Man muss deswegen genau abwägen, wie jemand gefördert werden kann. Beim Bund erfolgt dies länderspezifisch, indem Spezialisten für verschiedene Herkunftsländer Muster entwickeln. Bei den Sozialdiensten der Gemeinden gibt es hingegen viel Entwicklungspotenzial. Dies ist mit ein Grund, warum es so schlecht gelingt, die berufliche Integration voranzutreiben. Wenn man liest, wie die Integrationspauschale eingesetzt wird hofft man, dass die Pauschale beim Bund auch abgeholt wird. Man sieht nur, wieviel abgeholt wird – hoffentlich entspricht dies dem Maximalbetrag. In den Beispielen zum kantonalen Integrationsprogramm kommt die Gemeinde Liestal vor, eine der Gemeinden, die dieses Thema ernst nimmt. Im Integrationsprogramm sind Ziele festgehalten, es fragt sich allerdings, wie diese überprüft werden. Die Antwort lautet, dass jeweils dem Regierungsrat gemeldet wird. Es ist aber unklar, ob die Ziele pro Gemeinde, oder pro Person oder pro Ethnie? Wie wird gemessen, ob das Ziel erreicht ist? Die Rednerin bedankt sich für die insgesamt guten Unterlagen, die aber viele Fragen offen lassen.

**Caroline Mall** (SVP) findet die Beantwortung ebenfalls sehr hilfreich und möchte daran erinnern, dass sie vor ein paar Monaten zum gleichen Thema ähnliche Fragen gestellt habe. Die Rednerin hat eine Liste der Vergütungen des Kantons an die Gemeinden – diejenigen, die es interessiert können diese einsehen. Bezüglich der Wirksamkeit der Integrationspauschale heisst es in der Antwort «sollte sich abzeichnen, dass Ziele nicht erreicht werden, werden umgehend Korrekturen eingeleitet». Dies bezieht sich auf den Regierungsrat und auf das Staatssekretariat des Bundes. Die Rednerin bittet die Regierung um Auskunft, ob diesbezüglich Probleme bekannt sind, also

dass sich Ziele nicht umsetzen lassen und möchte wissen, wer die Überprüfung von Doppelspurigkeiten der vielen Angebote auf Gemeinde- und Kantonebene vornimmt.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) nimmt die Frage entgegen verweist auf die FKD, wo die Debatte live verfolgt und Fragen zur Abklärung aufgenommen würden.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---